

Deutschland.
Landtags-Verhandlungen.

56. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (4. März.)

11 Uhr. Am Ministerial-Camphausen und Graf Königsmark mit mehreren Commissarien.

Zwei neue Gesetzentwürfe sind an das Präsidium des Hauses gelangt: 1) vom Minister des Innern, betreffend die Ausübung des Vorbesitzes bezüglich der Grafschaften Bismarck und Stolberg im § 181 der Regierungs-Verordnung vom 13. September 1872; 2) vom Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, betreffend das Kostenwesen in Auseinandersetzungen.

Die zweite Berathung des Steuerreformgesetzes, die gestern nach erfolgter Entscheidung über das Princip der Contingentierung (§ 6) und den Klassensteuertarif (§ 7) abgebrochen wurde, wendet sich heute dem § 5 der Commissionvorlage zu, der die von der Klassensteuer befreiten Kategorien unter acht Nummern aufzählt, nachdem in der Einleitung gesagt ist: „Der Klassensteuer sind unterworfen diejenigen Einwohner in nicht mahl- und schloßsteuerpflichtigen Orten, deren jährliches Einkommen den Betrag von 1000 Thalern nicht übersteigt.“

Befreit von der Klassensteuer sind: a) Alle diejenigen Personen, deren Jahres-Einkommen den Betrag von 140 Thlr. nicht erreicht; b) Personen vor vollendetem 16. Jahre, soweit sie zu der ersten Stufe gehören; c) alle zur Friedensstärke des Heeres und der Marine gehörigen Personen des Unteroffizier- und Gemeinen-Standes nebst den in ihrer Haushaltung lebenden Mitgliedern ihrer Familien, sofern sie selbst oder diese ihre Angehörigen nicht aus dem Betriebe eines Gewerbes, oder der Landwirthschaft oder aus Grund- oder Kapital-Einkommen ein Einkommen von mindestens 140 Thlr. haben; d) die Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubten-Standes und ihre Familien, sowie alle in Kriegsjahren zum Heeresdienst aufgegebenen oder freiwillig eingetretenen Personen des Unteroffizier- und Gemeinen-Standes und deren Familien, in den Monaten, in welchen sie sich im activen Dienste befinden; e) alle Offiziere, Aerzte und Beamten des Heeres und der Marine für die Zeit, während welcher sie mobil gemacht sind oder zur mobilen Zubehörsliste, zu Krieg-Abtheilungen mobiler Truppen oder zu Befehlungen im Kriegszustand befindlichen Festungen gehören; f) Ausländer, welche sich noch nicht ein volles Jahr an demselben Orte des Inlandes aufgehalten haben, mit Ausnahme derjenigen, welche des Erwerbs wegen ihren Aufenthalt im Inlande nehmen; g) die Inhaber des eisernen Kreuzes, einschließlich derjenigen, welche dieser Auszeichnung auf Grund der Urkunde vom 19. Juli 1870 theilhaftig geworden sind, sowie die Inhaber des Militärkreuzzeichens erster und zweiter Klasse, und die zu dem Hausstande der Inhaber dieser Auszeichnungen gehörigen Familienmitglieder, soweit sie zu den beiden ersten Stufen gehören; h) diejenigen, welche, auch ohne besondere Auszeichnung erlangt zu haben, in dem Vaterländischen, oder als Eingeborene eines damals noch nicht zum preussischen Staate gehörenden Landes theils in einem verbündeten oder anderen Heere an einem der Feldzüge von 1806 bis 1815 Theil genommen haben für ihre Person und ihre Angehörigen, soweit sie zu den beiden ersten Stufen gehören.

Hierzu liegen folgende zwei Amendements vor: 1) das rein redactionelle des Grafen Winkingerode: statt „Offiziere, Aerzte und Beamten des Heeres und der Marine“ zu setzen „Offiziere des Heeres und der Marine, Aerzte und Beamte der Militär- und Marine-Verwaltung“; 2) des Abg. v. Kameke in der Litt. b. auch die Personen „nach vollendetem 60. Jahre“ für Klassensteuerfrei zu erklären.

Referent Richter ist mit der ersten Aenderung als einer leicht erkennbaren Verbesserung sofort einverstanden, die zweite dagegen lehnt er als dem Princip des Gesetzes widersprechend entschieden ab; denn mit der Befreiung von Personen über 60 Jahre würde zugleich unter Umständen die Befreiung einer ganzen Haushaltung eintreten.

Abg. v. Kameke: Der Referent hat uns gestern in Bezug auf mögliche Aenderungen der Commissionvorlage zur Resignation aufgefordert, weil sie der Gegenstand eines Compromisses sei. Nur hat er hinzuweisen vergessen, daß er nicht in der Commission, sondern hinter den Coullissen mit der Staatsregierung geschlossen ist. Die liberale Partei hatte vermuthlich noch den Hintergedanken, daß nun bald eine Contingentierung der anderen Steuern folgen würde. (Redner kommt auf die gestern abgebrochene Frage der Contingentierung zurück und wird vom Präsidenten zur Sache zurückgeführt. Er fährt fort: Ich erlaube mir zu bemerken, daß ich den Haupteinwand gegen mein Amendement in der Frage der Contingentierung finde. (Seitensitt.) Wenn der Paragraph ohne mein Amendement angenommen wird, so können Greise, die schon mehrere Jahre nach dem alten Gesetz befreit sind, jetzt wieder zur Steuer herangezogen werden. Ich will hier abbrechen, um mich nicht dem Verdachte aussetzen, daß ich eine Wahlrede halte, wie der Herr Finanzminister gestern sagte, indem er wohl den Ministerstuhl mit dem Plaque eines politischen Redners vertauschte. Wir sind durch das Vertrauen unserer Wähler hierhergekommen; sollte es gelingen uns dies Vertrauen zu entziehen, so werden wir auch gern zu Hause bleiben und warten, bis wir wieder gerufen werden; es wird nicht lange dauern. (Unruhe links.)

Finanzminister Camphausen: Ich erkläre die Behauptung, daß die Regierung außerhalb der Commission in ein Pactum mit verschiedenen Parteien des Hauses getreten sei und dadurch das Gesetz zu Stande gebracht habe, für absolut unrichtig, für absolut unwahr. (Sehr richtig! links.) Ich fordere jedes Mitglied des Hauses und der Commission, welches von derartigen Unterhandlungen wegen dieses Gesetzes weiß, auf, davon dem Hause Mitteilung zu machen. Der Abg. v. Kameke behauptet, wie es gestern schon der Abg. v. Gottberg that, daß die Herren gleichsam verdrängt hätten ihren Wählern gegenüber u. s. w. Ich bitte, den stenographischen Bericht, der in diesem Augenblicke schon in verschiedenen Zeitungen im Wesentlichen wiedergegeben ist, nachzusehen, ob ich nicht Folgendes gesagt habe: Wenn man die Dinge auf die Spitze triebe, würde man so weit gehen zu behaupten, die Macht der Krone werde eingeengt, wenn überhaupt irgend eine Steuer, die nach Art. 109 der Verfassung fortgehoben werden darf, erlassen wird; wenn man diese Theorie auf die Spitze triebe, dann würde es in der That der Staatsregierung genommen sein, in irgend einer Steuererläß, wie er gewünscht wird, zu willigen. Ferner habe ich gesagt, soweit werde Niemand gehen wollen, auch nicht der Herr Antragsteller, nicht die Herren von der Rechten, am allerwenigsten dann, wenn sie von ihren Wählern erscheinen. Diesen Satz habe ich nicht in Bezug auf eine einzelne Person ausgesprochen, sondern ganz im Allgemeinen. Ich habe kein Wort an dem stenographischen Bericht geändert und bleibe bei dem Satze vollständig stehen. Wenn das Land seine Vertreter hierher schickt, wenn die Staatsregierung sagt, wir glauben auf diese Steuer verzichten zu können, wenn ein Finanzminister, dem Sie bisher nicht nachgesehen konnten, daß er nicht mit Vorsicht zu Werke gegangen, Ihnen die Erklärung giebt: ich stehe mit meiner Person dafür ein, daß der Staat diese Steuer entbehren kann, dann glaube ich in der That nicht, daß irgend Jemand, der so vor seine Wähler tritt, so weit geht, zu sagen: Ich will die Steuer doch beibehalten, trotzdem die Regierung sie erlassen will. Das ist der Satz, den ich gestern ausgesprochen habe und bei dem ich stehen bleibe. (Lebhafter Beifall.)

Regierungs-Commissar Geh. Oberfinanzrath Rhode: Das Amendement des Grafen Winkingerode erkennt die Staatsregierung als eine redactionelle Verbesserung an; dagegen muß ich mich gegen das Amendement v. Kameke aussprechen. Die bestehende Bestimmung wegen der Klassensteuerbefreiung der Personen unter 16 und über 60 Jahre steht im wesentlichen Zusammenhang mit dem jetzigen Grundsatze der Veranlagung, wonach dieselbe nach den gemeinsamen Verhältnissen und der durch diese bedingten Leistungsfähigkeit der Verpflichteten zu erfolgen hat. Dieses Princip soll nach dem Entwurf beibehalten werden und an dessen Stelle das Princip der Schätzung nach dem Einkommen treten. Damit wäre es unvereinbar, ferner noch Altersgrenzen als Gründe der Befreiung fortbestehen zu lassen, sondern es muß überall die Steuerpflicht bezüglich eines selbstständigen Einkommens festgehalten werden. Wenn die Regierung trotzdem Befreiungen und Ausnahmestimmungen zu Gunsten derjenigen Personen eintreten lassen will, welche noch nicht achtzehnjährig, den ersten drei Steuerstufen angehören, so bemerke ich, daß die Wirkung dieser Bestimmung sich nach dem Entwurf unter Erhebung der Klassensteuer von den Haushaltungen nur auf zwei Kategorien beziehen kann: einmal auf die Personen, die in den unteren Bevölkerungsstufen

schon früh bald nach Entlassung aus der Schule das väterliche Haus verlassen, um mit der Hände Arbeit ihren Unterhalt zu erwerben; und dann wird diese Bestimmung Anwendung finden auf elterliche Personen, die ein Einkommen aus einem kleinen Capital haben, dessen Rente oft kaum zu den Kosten der Erziehung ausreicht. Die Regierung hat geglaubt, in schonender Berücksichtigung dieser Bevölkerungsklassen die bezeichneten Ausnahmen fortbestehen zu lassen und beschränkt sich auf Personen mit einem Einkommen bis 250 Thlr.

Die Commission hat nun einmal das steuerfreie Alter auf das 16. Lebensjahr zurückverlegt, während die Regierung diese Grenze auf das 18. Jahr versetzt hat, und hat dann weiter die Bestimmung auf die Personen beschränkt, deren Einkommen höchstens 220 Thlr. ist. Es bleibt Ihnen überlassen, ob Sie den strengeren Grundsatze der Commission adoptiren wollen.

Mit der Bestimmung, daß Personen über 60 Jahre von der Steuer frei sein sollen, verhält es sich anders als mit der Exemption derer, die jünger sind, als 16 Jahre. Die erste Bestimmung bezieht sich nur auf die Unterstufe 1a, in der jetzt eine Kopfsteuer erhoben wird, so daß, wenn zu der betreffenden Haushaltung noch ein steuerpflichtiges Mitglied gehört, dieses mit einer Kopfsteuer von 15 Sgr. herangezogen wird ungeachtet der Befreiung des übersechzigjährigen Haushaltsvorstandes. Nun soll der Satz von 15 Sgr. beibehalten werden und von 1 Thlr. sowohl für die Haushaltungs- als auch für die Einzelsteuer gelten und soll für die erste Stufe von Personen mit einem Einkommen von 140 bis 220 Thlr. erhoben werden. Uebertrüge man die Befreiung übersechzigjähriger Personen auch in dieses Gesetz, so würden einmal ganze Haushaltungen befreit und zweitens würde die Befreiung weit mehr Personen umfassen als früher, namentlich auch die der bisherigen Unterstufen 1b und 2, die nach der andern Normierung nun zur ersten Stufe übertritten. Daher und um die Ausfälle nicht allzusehr zu vermehren, bitte ich Sie, das Amendement von Kameke abzulehnen.

Abg. Richter (Hagen): Von den Ausführungen des Abg. v. Kameke haben wir auf dieser Seite fast kein Wort verstanden; wenn er aber meint, daß ich die Führung in der Commission gehabt, so irrt er sich gewaltig. Wäre das der Fall gewesen, so würde das Gesetz für ihn noch viel antipathischer, für die Steuerzahler allerdings vorthelhafter geworden sein. Ich kann dem Herrn Finanzminister nur vollständig Recht geben, wenn er sagt, daß es völlig unanwahr sei, daß in der Commission geheime Verhandlungen mit der Staatsregierung hinter den Coullissen geführt sind; ich möchte das nun nicht gerade für sittlich verwerflich halten, denn Sie machen das alle Tage, wenn sich die Staatsregierung damit abgiebt. (Unruhe rechts.) Es ist aber nur im Plenum der Commission und in einer Subcommission, zu der Mitglieder aller Parteien gehören, mit der Staatsregierung verhandelt worden. Ueber das Amendement des Abg. v. Kameke ist gar nicht verhandelt worden, weil es der Commission gar nicht vorlag und erst auf einem späteren Einfall beruht; deshalb konnte sich auch der Herr Referent im Namen der Commission gar nicht darüber erklären. Wenn bisher eine Befreiung der über 60 Jahre alten bestand, so griff sie nur Platz in der Unterstufe 1. B. Sie würde sich nach dem neuen Gesetz noch weiter erstrecken. Daß ein Mann von über 60 Jahren unter keinen Umständen im Stande sein sollte, von 200 Thlr. Einkommen 1 Thlr. Steuer zu zahlen, kann ich nicht begreifen. Er wird es vielleicht besser können als ein 40- oder 50jähriger Familienvater.

Abg. v. Kameke: Der Abg. Richter muß mich in der That falsch verstanden haben, wenn er sagt, über mein Amendement sollten keine geheimen Verhandlungen stattgefunden haben. (Seitensitt links.) Meine Behauptung von vorn muß ich aufrecht erhalten gegenüber dem vom Herrn Finanzminister gebrauchten Ausdruck „unwahr.“ Er ist unserer Geschäftsordnung nicht unterworfen, sonst hätte ich erwartet, daß der Herr Präsident . . .

Präsident v. Jordanbeck: Ich muß dem Herrn Redner bemerken, daß ich meine Gewalt auch auf die Ministerbank erstreckte. Daß etwas unwahr sei, scheint mir eine parlamentarisch völlig zu öfliche Behauptung.

Abg. v. Kameke: Wenn ich vorhin von geheimen Verhandlungen sprach, so will ich nur Folgendes anführen: Als in der Commission über die Contingentierung verhandelt werden sollte, wurde mir schon vor der Sitzung von einem Mitgliede vertraulich gesagt, die Regierung werde in die Contingentierung willigen. Das war uns völlig neu, und woher wußte der betreffende Herr diesen Umstand? Der Herr Referent wird vielleicht die Güte haben, uns darüber aufzuklären. Wenn keine geheimen Verhandlungen stattgefunden, so habe ich mich bona fide in dem Glauben befunden und kann einen solchen unparlamentarischen Ausdruck —

Präsident v. Jordanbeck: Der Redner hat trotz meiner Erklärung wiederum behauptet, der Ausdruck sei unparlamentarisch.

Abg. v. Kameke: Ich habe sagen wollen: ich hätte den Ausdruck dafür gehalten, füge mich aber dem Ermessen des Präsidenten vollständig. (Präsident: Dann ist die Sache damit erledigt.) Ich will nun zurückkommen auf das Verhalten unserer Partei zu der Sache. (Auf: Zur Sache!) Der Vorwurf, daß wir mit unserer Abstimmung die Staatsgewalt beengten, ist durch die gestrige Abstimmung widerlegt worden. Wer hat denn dafür gestimmt? Die Nationalliberalen, der Fortschritt, die Liberalen oder vielmehr das Centrum (Seitensitt) und wir. Es wird dem Herrn Minister nicht gelingen, für seine Meinung Glauben zu finden vom Königs- thron bis zur niedrigsten Bauernhütte und der öffentlichen Meinung Sand in die Augen zu streuen.

Präsident v. Jordanbeck: Die letzte Aeußerung geht über alle parlamentarischen Grenzen hinaus, ich rufe den Redner zur Ordnung.

Abg. v. Hennig: Ich nehme nur das Wort, um den Ausdruck des Herrn Finanzministers zu bestätigen. Es haben keine geheimen Verhandlungen mit den Mitgliedern der Commission stattgefunden und wenn der Abg. v. Kameke als Beweis für seine Behauptung anführt, daß er schon vor der Sitzung gehört, der Herr Finanzminister werde der Contingentierung zustimmen, so kann derselbe ja privatim eine dahingehende Aeußerung gemacht haben. Aber das ist doch kein Beweis, daß er mit einzelnen Mitgliedern verhandelt hat. Ueber den Antrag werde ich mich weiter nicht einlassen.

Der Finanzminister: Es ist mir nicht recht vernehmlich, wie Herr von Kameke in dem Ausdruck, daß eine Thatsache unwahr sei, etwas Beliebiges hat finden können. Ich kann versichern, daß mir die Absicht eines Beliebigens zu sagen fern gelegen hat. Bei der Thatsache aber muß ich natürlich stehen bleiben. Dann habe ich, da auf diesen Punkt Werth gelegt wird, mir eine heutige Zeitung kommen lassen, und erlaube mir mit Bezug auf das, was gestern Herr von Gottberg gesagt, die betreffenden wenigen Worte vorzulesen. (Der Herr Minister verliest aus dem Morgenblatt der „National-Zeitung“): „Nach den Wahrnehmungen, die ich in der Commission gemacht, nach den Berathungen die mir gegeben worden, daß die Commissionmitglieder sich gleichsam als Mandatäre größerer Vereinigungen betrachteten, habe ich annehmen müssen, daß die Scala, namentlich für die beiden unteren Stufen, auf einem Compromiß der entgegenstehenden Meinungen beruhe.“ Wird dadurch nicht alles bestätigt, was ich vorhin gesagt habe? (Sehr richtig!)

Abg. Spangenberg (Trier) fñhlt sich verpflichtet, zu erklären, daß von Seiten der Staatsregierung nicht hinter den Coullissen verhandelt worden ist. Der Herr Finanzminister war in den Sitzungen der Commission zu gegen, und es ist von allen Seiten das Bestreben hervorgetreten, eine Vereinigung über das Gesetz herbeizufñhren. In der zur Redaction der Beschlfisse gewählten Subcommission ist meines Wissens der Herr Finanzminister niemals gewesen. Verschiedene Beschlfisse sind nicht nach dem Sinne der Redner, wir haben aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes dem Amendements Abstand genommen und werden für den Entwurf in der Commissionstafung stimmen.

Referent Richter: Ich halte es für eine unerhörte Behauptung, von geheimen Verhandlungen zu sprechen, wenn man keinen sichern Grund dafür hat. Wenn der Abg. v. Kameke aus verschiedenen Mittheilungen nun geschlossen hat, daß solche Verhandlungen stattgefunden, so ist mir kein Vorgehen vollkommen unverständlich. Der Abg. v. Kameke hat ausdrücklich auf meine Aeußerung provocirt. Ich kann nur das bestätigen, was der Herr Finanzminister und verschiedene Redner bereits erklärt haben. Wir sind von geheimen Verhandlungen nichts bekannt, im Gegentheil, der Herr Finanzminister hat sich sehr zugespñßt verhalten und nur einmal nach dem Schluß der Sitzung mit einigen von uns eine Privatunterredung gehabt,

wie wir sie hier im Hause häufig sehen. Wenn der Abg. v. Kameke von einem Hintergedanken der liberalen Partei, sogar von einem Reservatio mentalis, wenn ich recht gehört habe, gesprochen hat, so enthalte ich mich jeder Kritik darüber, ich überlasse es Ihnen, zu beurtheilen, in wie weit das mit den gewöhnlichsten Rücksichten vereinbar ist, die man seinen Collegen bei öffentlichen Verhandlungen schuldet. Es haben vor den Commissions- Verhandlungen einige Besprechungen zwischen dem Abg. v. Rauchhaupt, dem Grafen Winkingerode, dem Abg. Richter (Hagen) und mir über die Scala stattgefunden, aber wir haben in keiner Weise mit den Vertretern der Staatsregierung unterhandelt. Daß ein solches Vorgehen zulässig ist, wird der Abg. v. Kameke nicht in Abrede stellen.

Der § 5 wird mit dem Amendement Winkingerode angenommen, das des Abg. v. Kameke mit großer Majorität abgelehnt.

Ohne Discussion wird der § 9 A. genehmigt, welcher die Heranziehung von Personen, deren jährliches Einkommen weniger als 140 Thlr. beträgt, zu den aufzubringenden Kosten der communalen u. a. öffentlicher Verbände mit 1/2 Thlr. jährlich gestattet.

Der § 9 B. lautet: „Soweit nach den bestehenden Bestimmungen in Stadt- und Landgemeinden das Bürgerrecht, beziehentlich das Stimm- und Wahlrecht in Gemeinde-Angelegenheiten an die Bedingung eines jährlichen Klassensteuerbetrages von 3 resp. 4 Thlr. geknüpft ist, tritt bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung des Gemeinde-Wahlrechts an die Stelle der genannten Sätze der Stufenatz von 2 Thlr. Klassensteuer. Orts-Statuten, welche das Wahlrecht an einen höheren Klassensteuertarif als den Betrag von 4 Thlr. knüpfen, verlieren mit dem 1. Januar 1874 ihre Gültigkeit. Wo solche Ortsstatuten nach bestehenden Communal-Ordnungen zulässig sind, kann das Wahlrecht durch neue Ortsstatuten von der Veranlagung zur 2. bis 8. Steuerstufe abhängig gemacht werden.“

Reg.-Commissar Geh. Rath Ribbe: Dieser Paragraph schließt nach dem Urtheil der Regierung eine nicht unerhebliche Aenderung des Gemeinde-Wahlrechts in sich. Die Regierung hält es deshalb nicht für empfehlenswerth bei Gelegenheit dieses Gesetzes anderweit den Punkt legislativ zu reguliren; sie erachtet vielmehr für richtiger, diese Regulirung durch einen besonderen Act der Gemeindegesetzgebung herbeizufñhren, und hat sich bereit erklärt, einen dahingehenden Gesetzvorschlag vorzulegen. Der Paragraph will an Stelle des Steuertarifes von 4 Thlr., der den Census für das Gemeindevahlrecht bildet, den neuen Satz von 2 Thlr. substituiren. Es ist aber die neue 2 Thlr.-Stufe mit dem Satze von 4 Thlr. durchaus nicht zu vergleichen. Das Wahlrecht wird bedeutend erweitert und ausgedehnt werden. Es ist zwar im Commissionsberichte ausgesprochen, daß dies nicht beabsichtigt werde, aber es läßt sich jetzt noch nicht übersehen, in welcher Weise sich die Wählerkraft dieser Stufe zusammenlegen wird. Das zu prüfen und zu erwägen, ist Aufgabe der Gemeindegesetzgebung und es wird in Betracht zu ziehen sein, ob nicht bei den veränderten Verhältnissen an Stelle des früheren Satzes von 200 Thlr. jetzt 300 Thlr. als Adäquat zu setzen seien. Darum bin ich beauftragt, im Namen der Staatsregierung die Bitte auszusprechen, diesen Gegenstand von dem vorliegenden Gesetze auscheiden und der Gemeindegesetzgebung überlassen zu wollen.

Abg. Richter (Hagen): Die Bereitwilligkeit der Staatsregierung, die Gemeindegesetzgebung zu reguliren, acceptiren wir bestens. Aber die Erfüllung dieses Versprechens hängt nicht von ihr allein ab; es sind Hindernisse vorhanden, deren Beseitigung nicht in ihrer Macht steht. Bis dahin können wir das Wahlrecht nicht einschränken lassen, und es ist kein Zweifel, daß es eingeschränkt wird, wenn der alte Steuertarif fortgelassen soll. Dadurch würde einer großen Anzahl von Bürgern das Wahlrecht entzogen werden. Wenn der Wahlcensus an den Klassensteuertarif angeschlossen und dieser anderweit geregelt wird, so folgt, daß auch der Wahlcensus geändert werden muß. Wir nehmen nicht die Gelegenheit wahr, sondern befinden uns in der Nothwendigkeit, uns gegen eine Veränderung des Wahlrechts zu schützen. Wir haben die Abicht im Großen und Ganzen den bestehenden Zustand zu erhalten. Es mag sein, daß in einzelnen Fällen durch diesen Paragraph das Wahlrecht Seiten gegeben wird, welche es bisher nicht hatten; es wird aber auch der Fall sein, daß einige es verlieren, welche es gehabt haben. Wenn wir eine Erweiterung des Wahlrechts beabsichtigen, so würden wir den 2. Absatz dieses Paragraphen nicht angenommen haben. Es handelt von den Ortsstatuten, welche einen höheren Census für das Wahlrecht bestimmen können. Ich würde immer widerstreben, diesen Paragraph wieder aufzunehmen; wenn ich es gleichwohl thue, so geschieht es, weil ich nicht Dinge vermischen will, die nicht nothwendig zusammenhängen. Soweit das Wahlrecht damit zusammenhängt, muß eine Aenderung eintreten. Wenn der ganze Paragraph gestrichen wird, so geht die Grundlage verloren, auf welcher wir das Gesetz annehmen können.

Darauf wird der § 9 B. angenommen; dagegen stimmt fast die ganze rechte Seite.

Zu § 10 der Commissionvorlage (Organe für die Einschätzung) wird nach dem Amendement Weber eingeleitet: „In großen Städten können mehrere Einschätzungscommissionen gebildet werden und kann der Gemeindevorstand den Vorsitz in diesen Commissionen einem der von der Gemeindeverwaltung gewählten Commissionmitglieder übertragen.“

Die § 12, 14 und 15 der Commissionvorlage werden mit unwesentlichen, meist redactionellen Aenderungen des Abg. Grafen von Winkingerode angenommen. Zu § 20, welcher die Einkommensteuer-Scala aufstellt, spricht

Abg. v. Blankenburg: Die Einkommensteuer im Princip halte ich hoch, weil es richtig ist, das Princip der directen Steuern neben dem der indirecten zugleich zu entwickeln. Ich glaube aber, daß eine Anomalie, wie sie Artikel 109 der Verfassung enthält, (die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortgehoben) in dem Maße beseitigt werden muß, wie es ohne Gefährdung der Staatsverwaltung geschehen kann. Es ist unmöglich, daß noch künftig an die Landesvertretung die Frage herantritt, so viel Geld haben wir, was machen wir damit? Sie muß künftig so lauten: dies sind die Bedürfnisse des Landes, was für Steuern haben wir dafür zu erheben? Die Einkommensteuer strebt die Gerechtigkeit an, aber sie wird nicht mit Gerechtigkeit veranlagt und ausgeführt, weil das Princip, welches das Gesetz bei der Veranlagung der Steuer vorschreibt, unrichtig ist. Es giebt ein Einkommen aus Capital ohne Arbeit, aus Besitz mit Arbeit und aus Arbeit ohne Besitz.

Das Capital ohne Arbeit beträgt in Preußen nach den Zusammenstellungen, die ich mir aus statistischem Material gemacht, rund 10,000 Millionen Thaler (höchst! Widerspruch), ja, die Summe ist nicht zu hoch gegriffen, ich gestatte aber immerhin, einen großen Abzug davon zu machen. Diese 10,000 Millionen dürfen unbedingt zu einem Zinsfuß von 4 und 4 1/2 Prozent veranschlagt werden, da aber mit diesem Einkommen auch ein Risiko verbunden ist, so nehme ich nur 4 Prozent an, das ergiebt ein Einkommen von 400 Millionen Thalern. Dies nach dem jetzt gesetzlichen Steuertarif von 3 Prozent geschätzt — dieser Satz ist aber viel zu gering für ein Einkommen ohne Arbeit, das nur mit der Papiertheorie verdient wird, ergiebt allein 12 Millionen Thaler. Der Ertrag unserer ganzen Einkommensteuer ist aber nur 7 Millionen Thaler. Nun erstirt aber wenigstens doppelt so viel Einkommen, welches durch Besitz und Arbeit erworben wird, das auf Grundbesitz, Handel, Gewerbe, Seeschiffahrt und Industrie beruht. Ich habe dieses Einkommen doppelt so hoch geschätzt, als das aus Besitz ohne Arbeit, lasse mir aber immerhin einen Abzug von 50 Prozent gefallen. Es sind das also weitere 800 Millionen, die zu 3 Prozent Einkommensteuer geschätzt 24 Millionen ergeben. Bei der dritten Gruppe, der Arbeit ohne Capital, habe ich noch festere Grundlagen für meine Schätzung als bei den beiden andern. Ich nehme nämlich an, daß nur 1/4 der Bewohner Preußens ein fundirtes Einkommen hat, 1/4 aber rein auf den Verkauf ihrer Arbeit, geistiger wie körperlicher angewiesen sind. 20 Mill. Einwohner, auf den Kopf 40 Thlr. gerechnet — das sind gewiß zwei nicht ganz schlecht gegriffene Ziffern — ergeben also 800 Millionen Thaler Einkommen. Diese 800 Millionen mit 2 Prozent besteuert ergeben 16 Mill. Thaler Einkommensteuer. So also bekämen wir 12 Millionen aus Capital ohne Arbeit, 24 Millionen aus Besitz mit Arbeit und 16 Millionen aus reiner Arbeit ohne Besitz. Diesen 52 Millionen stehen also die 7 Millionen wirklicher Einkommensteuer und 13 1/2 Millionen Klassensteuer gegenüber, also 21 gegen 52. Hieraus erhellt am besten die Ungerechtigkeit der Veranlagung. Wir müssen durchaus bestrebt sein, die Einkommensteuer in

ihren Veranlagung zu verbessern, sie auf andere Principien zurückzuführen. Mit dem hier vorliegenden Gesetz, das ich lebhaft befürworte, haben wir keineswegs Alles gethan.

Der Finanzminister: Wenn ich die möglichen Erträge einer Einkommensteuer in Preußen so hoch veranschlagen könnte, als es der Vorredner gethan, so würde ich nicht mit tief eingreifenden Maßregeln hinsichtlich dieser Steuer das Haus beschlagen. Ich würde dann vielmehr die Zeit nicht verschleiden lassen, ohne hier wesentliche Abhülfe zu schaffen, aber die Annahme des Vorredners beruht auf großen Täuschungen. Ich kenne die Elemente seiner Zusammenstellung nicht, und es fällt schwer, im Augenblick, wo man eine solche Zahl aussprechen hört, auch gleich eine genaue Zahl ihr gegenüber stellen zu können. Aber nach allen Wahrnehmungen, die die Finanzverwaltung zu machen in der Lage war, muß zugegeben werden, daß wir zur Zeit eine vollkommene Veranlagung der Einkommensteuer nicht haben, man wird sie auch vielleicht nie haben. Daß wir aber von Jahr zu Jahr besser geleitet haben, den Quellen des Einkommens nachzugehen (große Heiterkeit), — ich nehme Ihre Sachen als Beifall an — kann ich auch versichern. Die Einkommensteuer beläuft sich ja auch gegenwärtig nicht allein auf den Betrag von 7 Millionen, den der Etat für 1873 nachweisen wird, sondern es ist auch der Betrag, der in den mäßig und schlagsteuerpflichtigen Städten der Einkommensteuerpflichtigen erstattet wird, und der für 1873 allein mehr als 1 Million betragen wird, hinzu, was, so daß tatsächlich mehr als 8 Millionen Thaler Einkommensteuer schon in diesem Augenblicke bestehen.

Indessen, da an die Ausführungen des Vorredners praktische Vorschläge nicht geknüpft sind (Heiterkeit), da es sich nicht um ein Amendement zu dem Gesetze handelt, so können wir diese zur Zeit mehr akademischen Verhandlungen (sehr laut lachend) hiermit beenden lassen. Ich will hiergegen Ihre Aufmerksamkeit auf eine praktische Frage richten. In der Commission wurde in der Einkommensteuer eine unter gewissen Umständen zulässige Ermäßigung für die erste und zweite Stufe beschlossen, d. h. für nahezu die Hälfte aller Einkommensteuerpflichtigen, und es handelt sich hierbei um einen nicht unerheblichen Steuererlaß. Nun begreife ich wohl, daß gegenwärtig, wo die Preise aller Dinge in die Höhe gegangen sind, sich die Empfindung regen muß, die Grenze der Steuerpflichtigen, bei denen eine Berücksichtigung besonderer Verhältnisse eintreten darf, etwas höher hinauf zu bringen. Der Finanzminister sieht diesen Ermäßigungen mit dem Bedenken entgegen, daß man sie in möglichst engen Grenzen halte. Am liebsten wäre es ihm, wenn man gänzlich darauf verzichtete, weniger lieb, wenn man sie auf die erste Stufe der Einkommensteuer beschränkte. In allen Fällen wird es auf das schließliche Wort dieses Hauses die gebührende Rücksicht nehmen (Beifall).

Der Rest des Gesetzes wird ohne Discussion angenommen. Es bleibt noch der Antrag des Abg. Birchow zu erledigen, welcher dahin geht, nach dem Schluß der zweiten Lesung das Gesetz an die Commission zurückzuweisen mit dem Auftrage, nach dem vom Hause beschlossenen Veränderungen eine neue Redaction des Gesetzes vom 1. Mai 1851 zu beraten und dieselbe bis zur dritten Lesung vorzulegen. Der Präsident stellt den Antrag zur Debatte, macht aber zugleich auf das Gefährliche der vorgeschlagenen Maßregel aufmerksam, da nach der Bestimmung der Geschäftsordnung das Gesetz von 1851 alsdann zur ersten, zweiten und dritten Lesung kommen müßte. Der Referent Ridert ist gegen den Antrag, weil die Regierung selbst die Absicht habe, später eine derartige Redaction vorzunehmen, die im gegenwärtigen Stadium schon deshalb von der Commission nicht vorgenommen werden könne, weil über die Wahl- und Schlachtsteuer, die ja aufs Engste mit der Sache zusammenhänge, noch nichts entschieden sei. Abg. v. Sauten-Tarputzen vertritt, daß dem Antragsteller jede Absicht fern liege, das ganze Gesetz von 1851 zur Discussion zu stellen; er halte es nur für absolut notwendig, den neuen und alten Text des Gesetzes nebeneinander zu stellen und genau zu prüfen, ob nicht Widersprüche in Einzelheiten sich fänden, die in der Praxis zu den größten Unzuträglichkeiten führen könnten. Abg. v. Hennig hält den Antrag schon deshalb für unausführbar, weil eine derartige Redaction Wochen in Anspruch nehmen würde und die Zeit des Hauses bekanntlich aus laienhafte Beschränkung sei. Abg. Baehr (Kassell) dankt Birchow für seinen Antrag; das eben angenommene Gesetz sei, offenherzig gesprochen, in der Form ein schauerliches (Heiterkeit). Das Haus sei freilich daran genötigt, in dieser Art zu arbeiten; es mache keine Gesetze, sondern liefere nur gesetzgeberisches Material, das sich Jeder ordnen könne, wie er wolle. Aber das Haus muß bedenken, daß es nicht nur für Beamte und Gelehrte arbeite, sondern für's Volk, und das Volk habe das höchste Interesse daran, ein Gesetz, das seine wichtigsten Interessen so tief berühre, wie das Steuergesetz, in der klarsten und unmissverständlichen Form zu erhalten (Beifall). Der Antrag Birchow wird abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages der Abgeordneten v. Gronow und Ridert auf Annahme eines Gesetzesentwurfs, betreffend die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer.

Ueber die §§ 1 und 2 (Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer und bedingungsweise Beibehaltung der Schlachtsteuer als Communalsteuer in einzelnen Städten) wird zugleich discutirt.

Abg. Zuchowwerdt als Referent: Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über die Wahl- und Schlachtsteuer zu discutiren, und damit die Erörterung von Hülfsfragen innerhalb des Landesgebietes zu constatiren, während wir in unseren Handelsverträgen bereits lange das Gebiet der Handelsfreiheit betreten haben. Wir treten mit Resignation an diese Vorlage, deren Annahme wir Ihnen empfehlen, eingedenk des Satzes, daß das Bessere der Feind des Guten ist. Die absolute Beseitigung der Schlachtsteuer als Communalsteuer ist zur Zeit nicht möglich; es muß den Städten Zeit zum Uebergange von der indirecten zur directen Besteuerung gelassen werden, denn bei einigen Städten, wie Königsberg und Pillau, ist die directe Besteuerung schon so beträchtlich, daß zur Zeit eine Erhöhung derselben nicht angeht. Mit der Beseitigung der Wahlsteuer sind 2/3 des Satzes, der gethan werden soll, bereits gethan und eine Abgabe abgeschafft, welche gerade den gemeinen Mann am meisten bedrückt. Im § 3 sind Bestimmungen für die besonderen Verhältnisse Berlins getroffen. Wir glauben aber, daß wenn erst Magdeburg, Stettin, Breslau, Köln und andere Städte die Schlachtsteuer fallen gelassen haben, Berlin nothwendiger Weise schon im Interesse seines bedeutenden Viehhandels wird nachfolgen müssen.

Abg. Philipp, der sich gegen die Vorlage zum Wort gemeldet, ist nicht gegen das Princip der Aufhebung dieser Steuern an sich, sondern gegen die Bestimmungen des § 2 und die bedingungsweise Forterhebung der Schlachtsteuer als Communalsteuer, da letzteres für die Kommunen die größten Unzuträglichkeiten zur Folge haben würde. Die Bäder steuerfrei lassen, die Schlächter aber weiter zu besteuern, gebe durchaus nicht an, da die Einnahmen aus beiden Steuern seit Jahren aus laienhafte mit einander vermischt wären. Die Städte bedürften entschieden eines Soulagements und die prohibitive Forterhebung auf 3 Jahr nach vorgängiger Genehmigung der Regierung würde immer als Damoklesschwert über den städtischen Finanzen der circa 48 schlachtsteuerpflichtigen Städte schweben, im Ganzen 48 Damoklesschwerter! In 3 Jahren würden sich die Städte ebenso wenig wie in 5 oder 10 Jahren einrichten können, nach Ablauf der Zeit würde die Sache wohl vorüber liegen. Diese Art der Gesetzgebung, schließt der Redner, will mir nicht gefallen, möge uns die Regierung einen Gesetzesentwurf über die vollständige Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer einbringen, in welchem zugleich Maßregeln zur Entschädigung der Städte, ob durch Ueberweisung der Grundsteuer oder sonst anders, vorgeschlagen sind.

Abg. Eisner v. Gronow fürchtet die achtundvierzig Damoklesschwerter des Vorredners nicht. Die Commissionsvorlage möge ihre Schwächen haben, aber ein Sperling in der Hand sei ihm lieber, als eine Taube auf dem Dach. Ebing, daß zu vertreten der Vorredner die Ehre habe, würde allerdings durch dies Gesetz einen Rückschlag in seinen Einnahmen erfahren, aber andere Städte, die mehr Fleisch äßen (Heiterkeit), würden im Gegentheil sehr gut dabei fahren. Die Aufhebung der Wahlsteuer sei absolut nothwendig wegen der bedrückten Lage der Stärkfabrikanten. Das Haus möge endlich der Sache ein Ende machen und das Gesetz annehmen, ob es nun gut oder schlecht sei. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Runge hält die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer für absolut nothwendig und unausweichlich, aber er ist entschieden dagegen, daß die Schlachtsteuer als Communalsteuer beibehalten werde. Die Behauptung, daß die Kommunen durch directe Steuern nicht dasselbe aufbringen könnten, wie durch die Schlachtsteuer, sei völlig unrichtig. (Hört!) Abg. Ridert glaubt auch, daß die große Mehrzahl der größeren Städte den unmittelbaren Uebergang von der Wahl- und Schlachtsteuer zu directen Steuern werden ertragen können, aber die Regierung habe den § 2 zur condition sine qua non ihrer Zustimmung gemacht und die Commission habe sich deshalb gefügt, da sie lieber etwas als gar nichts habe erreichen wollen. Damit schließt die Discussion; § 1 wird einstimmig gegen einzelne Mitglieder des Centrums (Reichenberger-Coblenz, v. Mallinckrodt, Hüffer), § 2 mit erheblicher Majorität angenommen.

§ 5 lautet: „In Berlin soll, falls die Schlachtsteuer als Gemeindesteuer fortgeführt wird, die zu den ersten beiden Stufen der Klassensteuer gehörigen Personen im engeren Schlachtsteuerbezirke nicht zur Klassensteuer

heranzuziehen und ist die Stadt Berlin verpflichtet, ein dem mutmaßlichen Ertrage der Klassensteuer der beiden untersten Stufen entsprechendes Aderum zur Staatskasse zu entrichten.“ Abg. v. Hennig beantragte, den Paragraphen zu streichen.

Referent Zuchowwerdt führt aus, daß die Commission aus zwei Gründen diesen Paragraphen angenommen habe; einmal, weil es nicht mehr als billig sei, daß die Stadt Berlin eine Gegenleistung biete, wenn der Staat ihr eine einträgliche Steuer überlasse und dann, weil diese Bestimmung ein Compelle für die Stadt sein würde, möglichst bald die Schlachtsteuer abzuschaffen.

Abg. Zechow ist für den Antrag von Hennig. Die Stadt Berlin verleihe wahrlich nicht, irgendwie beborzogen zu werden, aber sie habe auch keine Neigung, sich schlechter behandeln zu lassen, wie alle anderen größeren Städte. Der ungeheure Zug aus den Provinzen, welcher der Stadt ohnehin schon soviel Beschwerden und Kosten verursacht, werde noch sehr wachsen, wenn die untersten Volksschichten Steuerfreiheit genießen.

Finanzminister Camphausen: Mein Rescript ist bei der vorliegenden Frage wenig beistehend, doch will ich Einiges zur Widerlegung des von den Gegnern dieser Bestimmung Gesagten anführen. In der vorjährigen Vorlage befand sich Berlin in einer solchen exceptionellen Stellung nicht, denn eine analoge Bestimmung war für alle Städte von mehr als 100,000 Einwohnern getroffen. Die Regierung war und ist nun überzeugt, daß die Erhebung der Klassensteuer in der untersten Stufe in den größeren Städten große Schwierigkeiten machen wird, unter denen ich weniger die Mithewaltung der Erhebung, als die zahllosen Mahnungen, Forderungen und Executionen, also Dinge, die Wohl und Wehe der Bevölkerung betreffen, verstehe. Diese Schwierigkeiten hätten nicht vorgelegen, wenn Sie die Vorlage des vorigen Jahres acceptirt und die ganze unterste Stufe der Klassensteuer beibehalten hätten, während jetzt, wo das Minimum des steuerpflichtigen Einkommens 140 Thlr. beträgt, meiner Meinung nach, dieselben Schwierigkeiten eintreten werden, wie wenn das Klassensteuergesetz ganz unverändert geblieben wäre. Indem wir gewissen Städten die Beibehaltung der Schlachtsteuer gestatten, geben wir denselben ein Privilegium, und es ist nicht mehr als gerechtfertigt, ihnen dafür die Verpflichtung aufzuerlegen, den etwa ausfallenden Betrag der Klassensteuer aus der Schlachtsteuer zu ersetzen. Wir verlangen kein Geschenk für den Staat, sondern bestimmen damit nur, daß gewisse Städte der städtischen Bevölkerung, auf welche die Klassensteuer noch immer mehr drückt, als zu wünschen ist, entlastet werden. Wenn man bemerkt hat, daß durch diese Bestimmung der Zug nach Berlin vermehrt werden würde, so stimme ich in den Wunsch ein, der Zug nach Berlin nicht unnötig zu erleichtern, glaube aber, daß der Umstand, daß Jemand daselbst 1 oder 2 Thaler mehr oder weniger Steuer jährlich zu zahlen haben wird, für die Zuziehenden durchaus nicht wesentlich sein kann.

Abg. Richter (Sagen) ist für Beibehaltung des § 5, weil er es für unumgänglich notwendig hält, daß die Stadt Berlin die Schlachtsteuer als Gemeindesteuer nicht beibehält, sondern vielmehr die Gemeinde-Einkommensteuer bis in die untersten Stufen durchführt. § 5 erzwingt Berlin die Beibehaltung der Schlachtsteuer und deshalb sei es nur consequent, wenn er für § 5 stimme. Keine Stadt sei so sehr in der Lage, die Schlachtsteuer abzuschaffen, keine genieße so viel finanzielle Vortheile vom Staat, als Berlin. Wenn es demgemäß für Berlin eine besondere Ehrenpflicht sei, die Schlachtsteuer abzuschaffen, so gebühre ihm eine besondere Strafe, wenn es dieselbe beibehalte. (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Paragraph schade Berlin ja absolut nichts, wenn es seinem Interesse gemäß die Schlachtsteuer aufhebe. Wenn aber die Stadtverordneten-Versammlung die Beibehaltung dieser Steuer votire, so sei es den Wählern derselben sehr recht, wenn sie Steuern zahlen müßten statt derer, welche kein Gemeindegeld hätten und das seien die Klassensteuerpflichtigen der untersten Stufen. (Beifall.) Abg. v. Hennig sieht gar nicht ein, wie so Berlin größere finanzielle Vortheile vom State genieße, wie die übrigen großen Städte. Es zeichne sich vor diesen nur dadurch aus, daß es Residenzstadt sei und sehr viel Einwohner habe; letzteres sei gerade kein Unglück. Man könne die Berliner doch nicht dafür strafen, daß sie nicht soviel Einsicht besäßen, wie der College Richter. — § 5 wird darauf mit großer Majorität gegen einzelne Mitglieder der national-liberalen und Fortschrittspartei angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest des Gesetzes.

Schluß 4 1/2 Uhr; der Präsident steht wegen der weit vorgerückten Stunde von der beabsichtigten Abendigung ab unter der Voraussetzung, daß das Haus ihm gestatte, den Petitionsdienst von morgen auf Donnerstag zu verschieben und auf die morgige Tagesordnung den Rest der heutigen und die dritte Lesung des Staatshaushaltsetats zu setzen. Auf die Tagesordnung der Freitagssitzung beabsichtigt er die Specialdebatte der kirchlichen Gesetze zu stellen. Abg. Windthorst (Meppen) behält sich für den Fall, daß der Präsident seine zuletzt angedeutete Absicht ausführe, weitere Bemerkungen vor. Im Uebrigen stimmt das Haus den Vorschlägen des Präsidenten zu.

Berlin, 4. März. [Mittheilung.] S. Majestät der Kaiser und Königin haben den bisherigen großherzoglich mecklenburgischen Intendantur-Rath Flatau, bei Uebernahme in den preussischen Intendanturdienst in der Charge als Militär-Intendantur-Rath bestätigt.

Dem Lehrer der Baugewerkschule W. Weltmann zu Holzminde an der Weiser ist unter dem 1. März d. J. ein Patent auf ein Schlagwerk für Uhren auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 4. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfangen heute die Vorträge des Militär- und Civil-Cabinetts, sowie den des Polizei-Präsidenten von Berlin, nahmen im Beisein des Prinzen August von Württemberg und des Stadt-Commandanten militärische Meldungen entgegen, und begaben Allerhöchstdurch um 1 1/2 Uhr nach dem Garten des Kriegsministeriums, um militärische Ausstattungsproben in Augenschein zu nehmen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern in dem Vortrage des evangelischen Vereins für kirchliche Zwecke anwesend, und besuchte heute das Kaiserin-Augusta-Erziehungs-Institut.

[Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Carl] General-Feldmarschall und General-Inspector der 3. Armee-Inspection hat sich am Sonntag zur Besichtigung des Militär-Reit-Instituts nach Hannover begeben. Nach Beendigung desselben gedenkt S. königliche Hoheit zur Besichtigung des Brandenburgischen Husaren-Regiments (Silesische Fusanen) Nr. 3 nach Commercey und des 8. Brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 64 (Prinz Friedrich Carl von Preußen) nach Verdun abzureisen. (Reichhaltig.)

[Die Zeitungssteuer.] In den letzten Tagen hat sich das Staats-Ministerium mit der in jüngster Zeit im Abgeordnetenhaus mehrfach angeregten Abschaffung der Zeitungsstempel-Steuer beschäftigt. Man darf annehmen, daß sich die Regierung bereits morgen im Abgeordnetenhaus über ihre Stellung zu dieser Frage auf das Bestimmteste aussprechen wird. Auch heute hat eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden.

[Die Kriegsgedenkmünze.] In der Presse circulirt die Nachricht, daß das Kriegsministerium an alle diejenigen, welche etwa aus dem letzten Kriege noch Anspruch auf eine Decoration haben sollten, eine Aufforderung gerichtet hat, diese Ansprüche geltend zu machen. Es handelt sich hier nicht um die Verleihung eigentlicher Orden, sondern um die Kriegsgedenkmünze, welche bekanntlich Allen zu Theil werden soll, die während des Krieges, sei es in militärischen, sanitären oder administrativen Functionen die feindliche Grenze überschritten haben.

Hannover, 3. März. [Prinz Friedrich Carl] ist gestern Nachmittag 2 Uhr 50 Minuten hier eingetroffen.

Dresden, 4. März. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] kam der von der Regierung vorgelegte Gesetzesentwurf wegen Abänderung der Verfassung zur abermaligen Beratung. Von der linken Seite des Hauses sprachen sich die Abgeordneten Streil, Wigard, Biedermann und Lubwig gegen die von der ersten Kammer beschlossene Verwerfung der Gesetzesvorlage aus, worüber auch der Abg. Haberborn Namens der Rechten sein Bedauern ausdrückte und das Festhalten am Entwurfe befürwortete. Hierauf wurde von der Kammer einstimmig die Aufrechterhaltung der Vorlage beschlossen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschloß die Kammer, die Regierung um Zurückziehung des Steuerreformentwurfs und um Einbringung einer neuen Vorlage im nächsten Landtage zu ersuchen. Ueber die Grundlagen derselben soll in der morgen stattfindenden Sitzung be-

rathen werden. — Ein neuerdings erlassenes königliches Decret setzt den Schluß der Session des Landtags auf nächsten Sonnabend fest.

Weimar, 4. März. [Der Landtag] des Großherzogthums hat heute zu den über den Bau einer Eisenbahn von Hof nach Erfurt nebst dazu gehörigen Zweigbahnen abgeschlossenen Verträgen seine Zustimmung ertheilt.

Aus Kurbessen, 1. März. [Suspension. — Der Erbkurfürst.] Gegen den orthodoxen Pfarrer Jülich in Hombressen ist nunmehr Amtssuspension verfügt und die Disciplinaruntersuchung eingeleitet worden. Die auf „Ungehorsam gegen die vorgesetzte Behörde“ gerichtete Anklage basiert darauf, daß der Genannte weder je für den König in der Kirche gebetet, noch den Tod des Prinzen Albrecht verkündet, noch auch die Ankündigung wegen des vorjährigen Buß- und Betages von der Kanzel verlesen hat. Auch die Thatfache insinuirte auf die Maßregel der Kirchenbehörde, daß der Pfarrer Jülich sich geweigert hat, eine mit dem preussischen Adler gezierter Gedentafel für die im letzten Kriege gefallenen Ordensangehörigen in der Pfarrkirche aufstellen zu lassen, und nachdem dies auf Befehl des Consistoriums dennoch geschehen, dem Gottesdienst ganz fihrt hat. — Der Erbkurfürst hat den Geirauen, welche ihm einen kostbaren Pokal als Neujahrs-geschenk übersandt haben, seinen „wärmsten Dank“ ausgesprochen. Die Hoheit steht angristich dieses Zeugniß heftiger Treue jetzt, an der Schwelle des siebenten Verbannungsjahres, hoffnungsvoll in die Zukunft. (Fr. S.)

Aus Sessen, 1. März. [Berufung.] Dem Vernehmen nach ist Prof. Reim in Zürich für die dogmatische Professur in Gießen berufen worden. Damit wäre den bisher in die Schweiz verbannten Vertretern der äußersten theologischen Linken der Weg nach Deutschland wieder geöffnet, vorausgesetzt, daß andere Regierungen dem Vor-bilde der bessischen folgen. (Fr. Presse.)

Biesbaden, 4. März. [Der Kronprinz.] Wie verlautet ist die Abreise Ihrer k. k. Hoheiten des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen und der Frau Kronprinzessin nunmehr definitiv auf Montag den 10. März, Vormittags, festgesetzt worden.

Aus der Pfalz, 1. März. [Großes Aufsehen.] macht eine im „Land. Stb.“ veröffentlichte Erklärung eines stud. theol. Joh. Buchheit in München (gebürtig aus der Pfalz), worin er die von der „Rheinpfalz“ wie von anderen ultramontanen Blättern gegen seine Broschüre: „Das Ordenskreuz einer armen Franziskanerin“ und gegen ihn selbst gemachten Angriffe zurückweist und zur Befreiung des Rechtsweges herausfordert, wenn eine der darin genannten Personen den Muth habe, die skandalösen Dinge, welche darin erzählt werden, als Verleumdung zu erklären. Bisher hat, obwohl die Broschüre und ihr Verfasser seit Monaten bekannt sind, nichts davon verlautet, daß eine Klage gegen denselben anhängig gemacht wäre. Was Wunder, wenn die Leute die Insinuation Buchheit's als wahr annehmen, es geschehe nur deshalb nicht, weil dann noch mehr unlesensame Dinge an die Öffentlichkeit kommen könnten. Buchheit hat die Schrift nach den Mittheilungen einer Schwester verfaßt, welche im Jahre 1857 im Kloster zu Pirmasens eingekerkert worden war, die aber, des Lebens darin satt, nach 15 Jahren daselbst verließ, und zwar, was bemerkt werden muß, mit einem sehr guten Zeugniß über ihre Führung. (Fr. S.)

Deutsches

Wien, 4. März. [Die zweite Lesung der Wahlreform-Vorlage] ist für nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt.

Wien, 4. März. [Ernennung.] Die „Wiener Ztg.“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile die Ernennung des Grafen Geza Szapary zum Gouverneur von Fiume.

Frankreich

* Paris, 2. März. [Die Regierung und die Parteien.] Das große Publikum, schreibt man der „R. S.“, mißbilligt das Auftreten der Regierung in der National-Versammlung und findet es „stupid und lächerlich“, daß Herr Thiers, der in seiner Volkschaft eine so stolze Sprache geführt, sich plötzlich dazu bestimmen ließ, diese fallen zu lassen, um sich wieder auf den Boden des Pactes von Bordeaux zu stellen. Thiers hatte zuerst die Absicht, selbst das Wort zu ergreifen. Da man aber im Voraus wußte, daß er seine Volkschaft nicht überzeugen werde, so bot man Alles auf, um ihn davon abzubringen. Dies gelang jedoch erst im Ministerrathe, der gestern Morgen um 12 Uhr stattfand. Dufaure und ein Theil der übrigen Minister drangen nämlich mit Ungestüm in den Präsidenten, das Wort nicht zu ergreifen, der Majorität durch den Justiz-Minister einige Concessionen machen zu lassen, und so einer neuen Riß zu vorbeugen. Die Debatte war eine sehr stürmische, aber Thiers gab zuletzt nach. Was ihn dazu besonders bestimmte, war, daß Dufaure versprach, sich dagegen zu erklären, daß die jetzige Kammer von ihren constituirenden Gewalten Gebrauch mache. (Dufaure that dies auch, als er sagte: „Die gegenwärtige Versammlung wird sich zur Zeit der Befreiung des Territoriums auflösen und ihrer Nachfolgerin die delicate und aufreizende Arbeit überlassen, endgiltig zwischen der Monarchie und der Republik zu wählen.“) Thiers hoffte, daß er durch diese Aussicht die Republikaner befriedigen werde. Er erreichte jedoch keineswegs seinen Zweck, sondern dieselben gerietzen über den „Ver-rath von Thiers“ in den höchsten Zorn. Kaum hatte Dufaure geendet, als ungefähr dreißig Mitglieder der Linken, darunter der heftigste Langlois, nach der Ministerbank hinstürzten, um Thiers seinen Verrath in den heftigsten Ausdrücken vorzuwerfen und von ihm zu verlangen, daß er auf der Stelle die schönsten Worte seines Justiz-ministers verlange. Thiers, der bekanntlich nicht viel persönlichen Muth hat, wurde todtenbleich und suchte sich zu vertheidigen. Die Mitglieder der Linken setzten ihm aber arg zu und begleiteten ihn bis zum „Buvette“, wohin er sich zurückzog. Was die Mitglieder der Linken besonders so sehr erregte, war der Umstand, daß sie alle den Verdacht haben, daß Thiers sich mit den Deputirten abgehandelt habe und daß sie in der Dufaure'schen Rede die Befestigung sahen, daß dem so sei.

[Das neue Wahlgesetz.] Wie verlautet, bringt das neue von der Regierung vorbereitete Wahlgesetz folgende Bestimmungen: Abschaffung der Abstammung nach Wahllisten; 75,000 Wähler wählen immer einen Deputirten; der Gemeinderath wird die Wahlbezirke eines jeden Departements bestimmen; das Mandat der Deputirten hat eine Dauer von 6 Jahren; die Kammer wird alle drei Jahre zur Hälfte erneuert; zwei Jahre Domizil.

[Die Soldaten der Garnison von Paris.] haben bekanntlich den Rest der Suppe, die nach ihren Wahlzettel übrig bleibt, an die Armen zu vertheilen, die sich um diese Zeit in den Kasernen einstellen. Wie es scheint, befrichtigen die Militärbehörden, daß man die Suppenvertheilung dazu benutzte, um communisistische Propaganda zu machen, und sie haben deshalb Maßregeln ergreifen, damit die Soldaten nicht mehr mit den Armen in Berührung kommen.

[Die Ligue des Quartiers.] In Paris hat sich jetzt unter dem Titel „Ligue des Quartiers“ eine Verbindung gebildet, deren angeblicher Zweck ist, die französische Hauptstadt gegen die Plünderung, die Brandstiftung und die Barricaden zu beschützen. An der Spitze dieser Gesellschaft steht die „Alliance conservatrice“, ein

aus heftigsten Royalisten, wie Herzog de la Rochefoucauld, Marquis de Richemont u. A., bestehender Verein. Selbstverständlich ist die Beschätzung von Paris gegen die Pflanzung u. f. w. nur ein Vorwand, und der eigentliche Zweck der Verbindung, eine bewaffnete Macht zu organisieren, die, falls ernste Ereignisse eintreten, für die geheimen Pläne der Royalisten verwandt werden soll. Die Organisation dieser bewaffneten Macht wird schon seit mehr als einem Jahre betrieben. Fast vollständig ist sie im Faubourg St. Germain, wo sie vielen Anklang fand, weil einerseits dieser Stadtteil unter der Commune furchtbar litt, und andererseits dort viele clerical-legitimistisch gesinnte Leute wohnen. Um die Mitglieder der Verbindung bewaffnen zu können und ihnen das Recht zu verleihen, Munition zu beschaffen, hat man ihnen sogenannte „Port d'armes“ verschafft, die man bekanntlich nötig hat, um auf die Jagd gehen zu können. Die Verbindung, welche ihren Sitz in der Rue de Clugny hat, erläßt seit einigen Tagen Aufrufe zum Eintritt in dieselbe. Dieses offene Auftreten derselben erregt in so fern Aufsehen, als derartige Verbindungen in Frankreich nur mit politischer Gelassenheit gestattet sind, und man daher (obwohl schwerlich mit Grund) glaubt, daß die Regierung ihre Zustimmung dazu erteilt hat, daß die royalistische Partei eine Art von bewaffneter Macht organisiert.

[Die Alphonstisten.] darunter mehrere eigens aus Madrid herübergekommen, haben eine große Versammlung bei der Königin Isabella gehalten und beschlossen, erst dann handelnd aufzutreten, wenn sich Republikaner und Carlisten einander aufgezehrt haben würden. Die Ausöhnung zwischen Montpensier und Isabella soll sich bestätigen. Die alphonstischen Generale und Officiere in der spanischen Armee haben von der Königin die Befehle erhalten, auf ihrem Posten zu bleiben und die Ereignisse ruhig abzuwarten. Es ist ungefähr die nämliche Instruktion, welche der Ex-Kaiser Napoleon nach seinem Sturze an seine Partisanen in der französischen Armee erteilt hat.

[Kirchenbauten.] Das „Univ.“, welches sonst schwer zu befriedigen ist, schreibt: „Es dürfte schwer sein, in Frankreich eine gewisse Anzahl großer Städte zu nennen, wo nicht eine Kirche im Bau oder eine im vollständigen Umbau begriffen ist. Die Zahl der Kirchen und anderer religiösen Gebäude, welche in den letzten 30 Jahren neu gebaut oder hergestellt wurden, ist gar nicht mehr zu zählen. Es giebt viele Dörfer, wo die Zahl 100 übersteigt. Diese vielleicht in der Geschichte Frankreichs noch nicht dagewesene Bewegung hat Bauwerke hervorgebracht, die sich durch elegante Schönheit und oft durch großartige Form, wie durch die Schnelligkeit der Ausführung auszeichnen. In vielen Orten wurden diese Bauten selbst durch den Krieg nicht unterbrochen und in anderen wurden sie sofort mit verdoppeltem Eifer wieder aufgenommen.“

[Die Sterblichkeit] war letzte Woche in Paris sehr groß. Es starben 964 Personen, 75 mehr als in der vorhergehenden.

Spanien.

Madrid, 28. Februar. [Carlistische.] Es bricht sich, schreibt man der „R. Z.“, allmählich, gewiß nicht zu früh, die Ueberzeugung Bahn, daß das Beste, was die Regierung zu thun hat, die Unterdrückung des Carlismusaufstandes ist. Die Herstellung der Ruhe ist wichtiger, als die einer bestimmten Regierungsform. Republicaner und Radicale haben gestern eine Beratung gehalten, worin der Vorschlag Annahme fand, daß die National-Versammlung der Regierung einen außerordentlichen Credit von 100 Millionen zur Verfügung stellen sollte, um 100,000 Freiwillige auszurufen, welche Catalonen, Navarren und die baskischen Provinzen militärisch besetzen sollen, während die Truppen den carlistischen Banden nachsehen und dieselben vernichten würden. Solchen Vorgängen, wie heute die Blätter sie wieder melden, muß schnellig ein Ende gemacht werden. In der Nähe von Tortosa steht der Carlismuskönig Tallada Gemeinderäte ab und ein, natürlich unter Androhung von Todesstrafe, wenn sein Wille nicht befolgt wird; der Pfarrer Santacruz hat, wie gestern noch Bitoria gemeldet wurde, eine arme Frau erschossen, weil ihr Mann den Behörden eine Mitteilung über die Carlisten gemacht hatte; in den Dörfern der Provinz Gerona werden die Mitglieder der republikanischen Comités als Gefangen fortgeschickt — sie sind nämlich L., Hochverräter an Sr. Majestät dem König Karl VII.“ Inzwischen hat allerdings die amtliche Zeitung einige Siege der Truppen über Carlismusbanden zu registrieren.

[In Barcelona] herrscht noch immer große Aufregung unter dem Militär; die Truppen und desorganisiert, die Disziplin zum großen Theil verschwunden. Contreras hat eine schwere Aufgabe unternommen und verlangt die sofortige Bildung von Freiwilligen-Bataillonen.

Russland.

E. St. Petersburg, 27. Februar. [Dementi. — Dentmal. — Geburtstagsfeier des deutschen Kaisers.] Die Leser der „Neue-Zeitung“ sind in letzter Zeit mit einer Nachricht bedacht worden, nach welcher sich unter der südwestlichen Landesbesetzung Russlands eine von der sozialistischen Partei angeführte Bewegung geltend machen soll. An Ort und Stelle weiß man nichts davon. Der Generalgouverneur jener Provinzen hat während seines kürzlichen Aufenthaltes hieselbst derartige Gerüchte für gänzlich unbegründet erklärt. Der einzige Streitfall, welcher in der letzten Zeit dort vorgekommen, hat mit den sozialistischen Tendenzen gar nichts zu schaffen gehabt; es war ein Streit zwischen einem großen Besitzer Poljanskens und den benachbarten Bauern, welche übrigens, nach der Erklärung des Gouverneurs, mehr als genügende Gründe hatten, sich über jenen zu beklagen. — Zwei Aufforderungen der hiesigen Zeitungen lenken die Blicke in diesen Tagen nach Deutschland. Die eine wendet sich an Alle und ladet zu einer Subscription für das in Berlin zu erachtende Dentmal ein, welches dem Professor v. Gräfe gewidmet sein soll. Das Berliner Central-Comité hatte die russischen Ophthalmologen um ihre Beistellung angegangen. In einer Folge dessen bei dem Leibarzt des Kaiser, dem ältesten Freunde Gräfe's, stattgehabten Versammlung der hiesigen Augenärzte und der offiziellen Vertreter unserer Medizin erklärte Dr. Peltan, Director des Medico-chirurgischen Departements, durch das Ministerium die Allerhöchste Erlaubnis zu einer allgemeinen Subscription auszuwirken suchen zu wollen. Diefelbe ist erfolgt; der betr. Bericht lautet: „Se. Maj. der Kaiser hat auf den Bericht des Ministeriums des Innern über die Verdienste des 1870 verstorbenen Berliner Professors Albrecht von Gräfe, der durch seine genialen Entdeckungen nicht nur der Ophthalmologie, sondern auch im Allgemeinen der wissenschaftlichen Medizin einen ungeheuren Nutzen gebracht und so viel zur Bildung unserer Augenärzte beigetragen hat, am 26. Januar Allerhöchst zu genehmigen geruht, daß im Publikum und unter den Aeltesten aller Ressorts eine Subscription zu freiwilligen Beiträgen für die Errichtung eines Gräfe-Dentmals in Berlin eröffnet werde. Indem der hiesige Augenarzt Professor Junge diese Antwort veröffentlicht, theilt er einen Brief Gräfe's aus der letzten Zeit vor dessen Tode mit, welcher als ein Ausdruck der den großen Mann erfüllenden Bescheidenheit und seiner Sympathien für Russland geeignet ist, die Theilnahme für das Unternehmen hieselbst nur zu verstärken. — Die andere Einladung ist an die hiesigen Angehörigen des deutschen Reiches gerichtet und fordert dieselben zur Theilnahme an einem solennem Festmahl zur Feier des Geburtstags Kaiser Wilhelms I. am 22./10. März auf. Ich habe Ihnen über die gelungene Feier vor einem Jahre be-

richtet. Es war das die erste patriotische Vereinigung der hiesigen Deutschen. Im Anschluß an dieselbe fanden mehrere allgemeine Versammlungen der hiesigen deutschen Reichsbürgerlichen statt, welche erst einen Ausschuss von sieben Mitgliedern einsetzten, um das Statut für einen zu begründenden Verein der Angehörigen des deutschen Reiches zu entwerfen, und dann, nach Annahme desselben, einen Ausschuss aus fünfzehn Personen, welche die erforderliche Allerhöchste Genehmigung für diesen Verein erbitten und die weiteren Vorbereitungen treffen sollten. Trotz der begünstigten Unterhandlungen mit dem Minister des Innern und der Einreichung des Statuten-Entwurfs im September v. J., ja trotz der persönlichen Verwendung des deutschen Botschafters bei dem Minister ist dem Ausschuss bis heute eine Antwort noch nicht zu Theil geworden. Die Deutschen Petersburgs harren noch immer auf die Gewährung ihrer Bitte, einen Verein bilden zu dürfen, der in rein geselliger Weise das allgemeine Bedürfnis nach einem gemüthlichen erst patriotischen Verkehr im Sinne der vaterländischen Zusammengehörigkeit befriedigen würde. Inzwischen hat es der Ausschuss fortgesetzt als seine Pflicht erachtet, auch vor dem Zustandekommen des beabsichtigten Vereins die Landleute bei geeigneten Anlässen patriotisch zu vereinen. So hat er eine Gedächtnisfeier am 2. September v. J. veranstaltet und auch jetzt wieder vor 3 Wochen beschloffen, die Vorbereitung für die Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelms I. in die Hand zu nehmen. Als er hörte, daß auch die gemüthliche freie Vereinigung der hiesigen Kriegskameraden von 1870 dasselbe beabsichtige, hat er dieselbe aufgefordert, mit seinen für den Fest-Ausschuss gewählten fünf Mitgliedern eine gleiche Anzahl aus ihrem Kreise zu vereinen, um zum Zeichen der Einmüthigkeit die Einladung gemeinsam ergehen zu lassen. Erfreulicher Weise ist man darauf eingegangen. Es darf gehofft werden, daß die Feier an diesem wie am verflochtenen 22. März unter lebhafter Theilnahme und in patriotischer Begeisterung stattfinden werde.

Provincial-Beitung.

H. Breslau, 2. März. [Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt.] In der vorgelassenen Abend im unteren Saale des „Cafe Restaurant“ abgehaltenen, ziemlich zahlreich besuchten Versammlung des Bezirksvereins berichtete der Vorsitzende, Herr Dr. Pinoff, zunächst über die in Anregung gebrachte Errichtung eines Abkommens mit den Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung zugehenden Vorschläge. Nach einer mit dem Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung genommenen Rücksprache dürfte die ganze Angelegenheit wahrscheinlich am Rosenpunte scheitern, da selbst bei einer erheblichen Anzahl von Abnehmern der Abonnementspreis sich schwerlich unter 2 Tlir. vierteljährlich stellen würde. Voraussichtlich wird, wie Herr Dr. Pinoff mittheilte, die Frage demnächst im Plenum der Stadtverordneten-Versammlung zur Entscheidung kommen. — Nach einigen weiteren Mittheilungen aus den Verhandlungen der letzten Sitzung der Stadtverordneten hielt Herr Dr. Pinoff demnächst einen längeren Vortrag über die Frage: „Welche Stellung nimmt die liberale Partei den Arbeitern und ihren Agitationen gegenüber?“ Diese Frage, führte derselbe aus, sei von außerordentlicher Wichtigkeit und dürfe nicht so ohne Weiteres umgangen werden. Die Social-Demokratie wolle den 18. März, mit ihm aber nicht die geistige Erhebung unseres Volkes, den Beginn unserer freirechtlichen Entwicklung, sondern die Revolution und die Commune feiern. Mit den Männern dieser Richtung wolle die große liberale Partei unseres Landes nicht so weit confundirt werden, daß man glauben könne, sie stehe mit ihnen auf gleichem Standpunkte. Die gesamte liberale Presse habe sich schon längst gegen die Bestrebungen der social-demokratischen Partei ausgesprochen. Die Konsequenzen der Bestrebungen dieser Partei seien für die Zukunft von viel größerer Bedeutung, als diejenigen der ultramontanen Agitation. Diese letztere immer noch eine Hinterlist offen, durch welche sie schlüpfen könne, der Social-Demokratismus aber behaupte, die allein maßgebende Partei zu sein und lehne sich gegen alle und jede Autorität auf. Allerdings habe die liberale Partei 1848 mit den Arbeitern in einer gewissen Verbindung gestanden, die Ziele derselben waren aber damals nicht dieselben, die sie heute verfolgen. Aber die liberale Partei gebe sich, während sie nach wie vor auf dem Standpunkte der Reformbewegung stehe, vorläufig mit dem, was durch die Bewegung erreicht worden ist, zufrieden; es werde ihr nicht einfallen, die Revolution als solche zu feiern, sie begehe eine Feieler des 18. März nur als eine Feier desjenigen Tages, durch welchen die Reform in Bewegung gekommen. Was seit jenem Tage geschehen, was erreicht worden ist, betrachten sie als für das ganze Volk von der größten Bedeutung, und Niemand habe begründete Ursache, sich dieser Erfolge zu freuen, als gerade die liberale, die demokratische Partei. Jene Gesellschaft aber, die auch den Namen einer demokratischen beanspruche, die social-demokratische Partei, gebe sich mit dem Erreichten nicht zufrieden, auch vor der Hand nicht; sie wolle alle Fundamente, auf denen die menschliche Gesellschaft beruhe, durch eine Gleichmacherei in ihrem Sinne untergraben, sie erstrebe eine Gleichheit Aller, nach welcher Jedem an und für sich schon die Stellung gebühre, die ein Anderer sich durch seine Intelligenz, durch Mühe und Arbeit errungen. Die social-demokratische Partei wolle mit einem Worte die Herrscherin der Gesellschaft sein und sie wolle dies selbst durch Mord und Todtschlag erreichen. Darum feiere sie die Commune. Von einem solchen Standpunkte müsse sich der wahrhaft Liberale mit Abscheu und Entsetzen abwenden. Es sei ein Gedanke von großer Bedeutung, das Wort der französischen Juli-Revolution: „Vivre en travaillant et mourir en combattant“, in seinem ersten Theile, das Leben in der Arbeit, sei eine mit goldenen Buchstaben zu bezeichnende Wahrheit. Aber die französischen Communards hätten den letzten Gedanken, „Sterben im Kampfe“ zum Haupt-Axiom gemacht, das Verständnis des Ersteren sei ihnen verschlossen geblieben. Dasselbe Verständnis fehle auch im Allgemeinen unseren Arbeitern und daß dies so sei, daran trage ihre mangelhafte Bildung die Schuld. Den Arbeitern im Großen und Ganzen fehle alle und jede Berechtigung, sich als die alleinigen Herren der Welt zu betrachten; weder ihre Bildung, noch ihre Leistungen berechtigten zu solchem Anspruch. Ehrenwerthe Ausnahmen seien natürlich vorhanden und hätte sich die Allgemeinheit des Arbeiterstandes schon auf den Standpunkt der Bildung emporgeschwungen, auf dem diese Ausnahmen bereits stehen, so würde eine Feier der französischen Commune unmöglich sein. Deshalb dürfe der Staat seine Verpflichtung nicht aus den Augen verlieren, für eine erhöhte Bildung der Jugend zu sorgen. Der Arbeiterstand müsse einsehen lernen, daß er, wenn er zur Gesellschaft gehören und eine Stimme haben wolle, auch eine ganz andere Stufe der Bildung einnehmen müsse. Ihm zu dieser zu verhelfen, müsse der Liberalismus sich angelegen sein lassen, wenn er nicht bereit sei für die hereinbrechende sociale Revolution verantwortlich gemacht werden wolle. — Wegen zu weit vorgeschrittener Zeit konnte eine Discussion über den mit großem Interesse entgegengenommenen Vortrag nicht eröffnet werden, obwohl eine solche mehrfach gewünscht wurde und die Ausführungen des Herrn Vortragenden über das Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Meister und Gesellen den anwesenden Vereins-Mitgliedern aus dem Handwerkerstande hinreichend Gelegenheit geboten hätten, ihre Erfahrungen und Ansichten mitzutheilen. Diefelbe wurde daher bis zur nächsten Sitzung, für welche außerdem Herr Dr. Lipich einen Vortrag über Canalisation zugesagt hat, vertagt.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

* Kempten, 3. März. [Briefmarken.] Seit Jahresfrist mehrten sich fast täglich hierorts die Klagen über belorbenen gegangene Briefe. Nun ist es endlich in voriger Woche der Aufmerksamkeit des Postsecretärs zu sich gelangen, den Briefmarken in der Person eines Landbriefträgers auf frischer That zu ertappen, als er eben im Begriff war, wieder eine Anzahl der für den Stadtbriefträger bestimmten Briefe von dem Tische in seiner Tasche verschwinden zu lassen. Die sofort angestellte Hausdurchsuchung ergab das Resultat, daß der Betreffende sein Geschäft mindestens seit 1868 betrieb; denn aus diesem Jahre wurde ein Beweisstück gefunden. Vollständige Briefe fanden sich nur wenig, dagegen eine Masse halbe unbeschriebene Briefbogen und einzelne Couverts hier aufgegebenen Briefe mit ausgeschnittenen Marken. Jedemfalls hat der Betreffende in den Briefen nach unbekanntem Gelde gesucht und wie sich erwarten läßt, auch häufig seine Wäsche belorben gesehen, da er das Geschäft in immer größerem Maßstabe betrieb. Um so mehr muß das Publikum sich über die Entdeckung des Secretärs zu freuen, da in letzter Zeit eine sichere Correspondenz fast nur recommandirt möglich war.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 4. 5.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Einfuhr bei 0°	330° 51	329° 69	329° 22
Einfuhr	+ 5° 7	+ 3° 6	+ 3° 1
Dunfdruck	27° 44	27° 65	27° 42
Dunfättigung	74 pCt.	96 pCt.	92 pCt.
Wind	S. 1	S. 1	W. 1
Wetter	bedeckt.	bedeckt, Reg.	bedeckt, Regen.

Breslau, 5. März. [Wasserstand.] D.-H. 18 J. 13. U.-H. 5 J. 83.

Auswärtige amtliche Wasser-Reporte.

Matibor, 4. März, Nachmittags 5 1/2 Uhr. Stand der Ober am Pegel 12 Fuß 8 Zoll (3,98 Meter).

X. Breslau, 5. März. [Schiffahrtsnachrichten.] Das Wasser der Oder ist seit den letzten 24 Stunden ca. 1' gefallen und steht im Wachsen. In Folge der regnerischen Witterung ist Aussicht, daß sich das Wasser nicht zu schnell verlaufen wird und auch den hier noch unbeladenen liegenden Rähnen, die zwar Ladung abgeholfen, aber solche von auswärts noch erwartenden, ermöglichen wird bald abzuholmen. Ein zweiter großer Theil der hiesigen Rähne ist noch im Laden am Unterwasser und der Oberwasser der R.-D.-U.-Eisenbahn befreit. Abgeschwommen sind am 3. und 4. d. ein Rahn mit Zink und Del, zwölf Rähne mit Zink, drei Rähne mit Zinkblech und zwei Rähne mit Leinwand nach Hamburg; ein Rahn mit Gütern nach Magdeburg; vier Rähne mit Eisen und Zink nach Berlin; sechsundzwanzig mit Getreide und fünf Rähne mit Kohlen nach Stettin; ein Rahn mit Rapskuchen und ein Rahn mit Kohlen nach Frankfurt und ein Rahn mit Kohlen nach Klein. Die Unterschliffe haben die in Bries mit Gerste beladenen Rähne passiert.

Breslau, 4. März. Auch heute hatte der Geschäftsverkehr stark unter der Geldknappheit zu leiden, da sich die Geldmittel in keiner Weise flüssiger zeigten. Dennoch bewahrte die Börse eine ungetrübte Festigkeit und ein mehr in den Vordergrund tretendes Angebot war, mit Ausnahme des Wechsel-Verkehrs, auf keinem Gebiete zu bemerken. Die Speculation fand sich beengt, begnügte sich aber mit partieller Geschäftsenthaltung, denn man hält allseitig die Ansicht fest, daß die bisherige Geldabundanz nur vorübergehend etwas beeinträchtigt sei und in kürzester Zeit wieder in vollem Umfange Platz greifen dürfte. Die Speculations-Verthe traten nur in geringem Maße in Verkehr und hielten sich in ihrer Coursebewegung in sehr engen Grenzen. In der ersten Börsenhälfte war das Geschäft lebhafter, nahm aber gegen den Schluß einen bedeutend ruhigeren Charakter an. Der Hauptverkehr fand in österreichischen Credit-Actien statt. Oester. Bahnen sehr still, jedoch ziemlich gut behauptet. In oester. Renten blieben die Umsätze sehr mäßig, die Tendenz hierfür war für die anderen auswärtigen Fonds war ziemlich fest, Italiener und französische Rente unverändert, Tüken und Amerikaner sehr still. Russ. Staats-Effekten zeigten sich reger, besonders gingen 71er, obgleich etwas niedriger, sehr lebhaft um und waren bis zum Schluß noch stark gefragt, auch 72er belebt. Prämien-Anleihen vernachlässigt. Preuss. Fonds still, Pfandbriefe und Staats-Schuldenscheine anziehend, Conzils billiger, Prioritäten in allen Gattungen begehrt und sehr fest. Auf dem Eisenbahnactienmarkt war die Stimmung weniger fest; Geschäftstille bewirkte jedoch hier jede andere Nuance der Stimmung fast vollständig, von leichten Actien verkehrten Dispreuss. Südbahn steigend, Lüttich, Grajewo, Raheh, und Crefeld belebt, letztere beiden jedoch niedriger, Bahnactien auf Prämie sehr fl. Bankactien wurden ziemlich lebhaft gehandelt und befanden meist sehr feste Stimmung. Discont.-Comm. ganz vorzugsweise belebt. Ferner Preuss.-Disc., Union, Schönheider, Weininger, Dessauer Landesb., Berg.-Mark., Thüringer Bank, Berliner Bank, Commerce-Bank, Depositenbank und Quisiorp sehr beliebt, Centralgenossenschaft steigend, Niederschlesischer Rassenverein zu herabgesetztem Course sehr reger, Bankactien auf Prämie lebhaft, Leipziger Disc. 110 1/2, Deutsche Credit 106 Posten bez. u. G. Industriepapiere fest, meist recht belebt. Faconschmiede, Mathson, Simon Holzarbeit, Rathenow, Opt., Westphalia, Potso. Holzfactorie steigend, Balt. Holz beliebt, desgleichen Berl. Vulcan, Elbing, Eisenbahnbedarf, Hoffmann und Neuf. Westpreussische Eisenwerke gedrückt 124. Sehr bedeutendes Geschäft in Geldrenten zu bedeutend bewegtem Course. Guld auf 119 1/2, Union chem. Prod. 111 1/2, Metallindustrie 105 1/2, bez. u. G. Forst- und Fischfabrik 102 bez. u. G., Wechsel officiell, meist niedriger, geführte Aponts auf London bedangen 4 pCt. (B. u. G. - 3.

Telegraphische Course und Vorsehnachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 4. März. Nachmittags 3 Uhr. [Schluss-Course.] 3proc. Rente 57, 50. Anleihe der 1871 89, 65. Anleihe der 1872 91, 52 1/2. Italienische 5proc. Rente 65, 70. dts. Tabaks-Actien 862, 50. Franzosen (gepl.) 780 00. do. neue —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien —. Oester. Nordwestb. —. Lombard. Eisenbahn-Actien 443, 75. dts. Prioritäten 257, 00. Tüken der 1865 55, 50. do. der 1869 340, 00. Tükenlos 179, 50. Neue türkische Loose —. 5proc. Ber. St. pr. 1882 (unget.) —. Goldagio —. Fest. London, 4. März, 4 Uhr Nachmittags. Conzils 92 1/2. Spanier —. Italienische 5proc. Rente 64 1/2. Lombarden 17 1/2. Amerikaner —. 5proc. Russen der 1872 93. 5proc. Russen der 1864 97 1/2. Silber 59 1/2. Nordb. Schatzscheine —. Französische Anleihe Worgan —. Tüken Anleihe der 1865 54 1/2. 5proc. Tüken. Tüken der 1869 63 1/2. 9pCt. Tüken-Bonds 94 1/2, 6pCt. Tüken. St. pr. 1882 92 1/2. Fest. Frankfurt a. M., 4. März. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Berl. Wechsel 105. Lomb. Wechsel 105. Lond. Wechsel 118 1/2. Pariser Wechsel 93 1/2. Wiener Wechsel 107 1/2. Franzosen (alte) 361. do. neue 314 1/2. Hessische Ludwigsbahn 175 1/2. Böhmisches Wechselb. 257 1/2. Lombarden 202. Salizier 244 1/2. Eisenbahn 265. Nordwestbahn 233 1/2. Elsbah 198 1/2. Ostbairische 104 1/2. Oesterreich 77 1/2. Albrechtsbahn-Actien 176 do. Prioritäten 83 1/2. Oregon 35. Creditactien 363 1/2. Oest. Prämien-Anleihe —. do. Tüken-Anleihe 101 1/2. Neue Tüken 103 1/2. 1872er russisch-engl. Anleihe halbes, 90 do. nicht halbes. —. Russ. Bodencred. 91. Neue Russen 89 1/2. Tüken 52 1/2. Silberrente 68 1/2. Papierrente 66 1/2. Minden-Lose 96 1/2. 1860er Lose 97 1/2. 1864er Lose —. Ungarische Anleihe 78 1/2. do. Lose —. Raab-Grager Lose 85. Gaudner 86 1/2. Bundes-Anleihe —. Amerikaner der 1882 95 1/2. Darmstädter Bankactien 485. Weininger Bank 153 1/2. Dresd. B. 106 1/2. Schuster-Gewerbank —. Südbahner Bodencred. 109 1/2. Deutsch-österreichische Bank 128 1/2. Ital.-deutsche Bank —. Oester. Nat.-Bank 1055. Franz.-ital. Bank 89 1/2. Central-Bank der 97 1/2. Preuss.-Disc.-Gesellschaft 179. Brüsseler Bank 116 1/2. Berl. Bankverein 160 1/2. Leipziger Bankverein 94 1/2. Frankf. Bankverein 166 1/2. do. Wechselbank 105. Centralbank 113 1/2. Antwerpener Bank —. Englische Wechselbank —. Baltischer 87 1/2. Rem. port. 9pCt. Anl. 94 1/2. South Eastern 70 1/2. Continental-Eisenb. 118 1/2. Bahn-Effektenbank 137 1/2. Wiener Unionbank —. Frankfurter Wechselbank 106 1/2. Rüst-Bank-Wassman Eisenbahn 87. Fest. Bahn-Effektenbank steigend. Braunau-Strahwaldener Stamm-Actien 175 1/2. do. Prioritäten 79 1/2. Nach Schluß der Börse: Creditactien 367 1/2. Franzosen 361 1/2. Lombarden 201 1/2. Silberrente —.

(*) pr. medio resp. pr. ultimo

Frankfurt a. M., 4. März, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 93 1/2. Creditactien 367, 50. 1860er Lose 97 1/2. Staatsbahn 361, 75. Franzosen —. Lombarden 202. Salizier —. Silberrente 68, 09. Papierrente —. Bahn-Effektenbank 137—137, 50. Deutsch-Oester. Bank —. Provinzialdisc. 178, 75. Nordwestbahn —. Continental-Eisenbahn 119, 50. Bankactien 1056. Nationalbank —. Weininger —. Fest. Dresden, 4. März, Mittags. Credit 209 1/2. Lombarden 115 1/2. Silberrente 68 1/2. Sächsischer Creditbank 129 1/2. Sächsischer Bank (alte) 150 1/2. do. (junge) 146. Leipziger Credit 185. Dresdener Bank 107. Dresdener Wechselbank 120 1/2. Dresdener Handelsbank 100 1/2. Sächsischer Bankverein 108 1/2. Oester. Noten 92 1/2. Raubhammer 117 1/2. —. Fest. Hamburg, 4. März, Nachmittags. [Schluss-Course.] Preuss. Tüken —. Hamburg. Staats-Prämien-Anl. 101 1/2. Silberrente 68 1/2. Oester. Credit-Act. 314 1/2. Oester. 1860er Lose 97 1/2. Nordwestb. 501. Franzosen 774. Raab-Grager Lose 85. Lombarden 432. Italienische Rente 64 1/2. Vereins-Bank 126. Bahn-Effektenbank 137. Commercebank 128 1/2. Nordb. Bank 186 1/2. Provinzial-Discont-Gesellschaft 178. Anglo-deutsche Bank 117 1/2. do. neue 111. Dänische Landmannbank 102 1/2. Dortmunder Union 192 1/2. Wiener Unionbank —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 127. 1866er Russische Prämien-Anleihe 127 1/2. Amerikanische der 1882 91 1/2. Discont 4 pCt. Laurabüttel 268. —. Fest.

Hamburg, 4. März. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 126pfr. pr. 1000 Rilo netto 250 Br., 249 Gd., pr. Juli-August 126pfr. pr. 1000 Rilo netto 244 Br., 242 Gd., Roggen pr. April-Mai 1000 Rilo netto 159 Br., 158 Gd., pr. Juli-August 1000 Rilo 158 Br., 157 Gd.

